

Diskussionsmaterial zum Thema

Stand der Lebensfähigkeit der Stadt

Zu Sprechzeiten sowie bei amtlichen bzw. halbamtlichen (zum Teil privatorientierten) Kommunikationen wurden zum o. g. Thema Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern an mich herangetragen, die mich hinsichtlich der in diesem Zusammenhang zu erwartenden Veränderungen der Lebensqualität in unserer Stadt äußerst nachdenklich stimmten. Ich sehe es sowohl als meinen Auftrag als auch als meine Pflicht an, den Ortschaftsrat zu informieren und ihn in die erfolgten Anregungen einzubeziehen.

Die Gesprächspartner gingen zusammengefasst von folgender Erkenntnis aus:

Dem Eindruck folgend, den die Presse, die Amtsblätter und das regionale Fernsehen vermitteln, sind sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Stadt selbst nicht mehr finanzierbar ist und somit über einen absehbaren Zeitraum nicht mehr „konkurrenzfähig lebensfähig“ ist. Das ist dem öffentlich zugänglichen Zahlenmaterial entnehmbar, dass durchaus belastbar zu sein scheint. Derartige Situationen kommen in der freien Wirtschaft ständig vor. Die Wirtschaft muss jedoch zwangsläufig unmittelbar darauf reagieren und organisiert Heilungsprozesse wie Neustrukturierung, Fusionen mit starken Partnern, Insolvenzen mit anschließender Neugründung, Personalwechsel, Einsatz von Restrukturern (siehe Q – Cells),; die sicherlich oft aber auch nicht ohne schmerzliche Komplikationen abgehen. Im Kommunalbereich sind Nachbesserungen der Strukturen oder analoge, zielgerichtete Korrekturen nicht bekannt (d.h. den Diskutanten). So bleibt nach jetzigem Kenntnisstand nur eines übrig, dass man davon ausgehen kann, dass an einem eingeschlagenen Weg nicht gerüttelt wird. Komme was wolle, die vorgegebene Richtung ist beizubehalten. Die geschilderten Reaktionsformen der Wirtschaft, ein Überlebensgarant der Branche, also des Geldgebers der Kommunen, sind von der Kommunalpolitik nach bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten.

Was sind die logischen Konsequenzen, zu denen die Diskutanten gekommen sind?

Der negative demografische Wandel wird akut beschleunigt (Infrastrukturen, wie Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Kultureinrichtungen werden im unzumutbarem Überfluss vorhanden sein, Immobilien Leerstände werden sich deutlich vermehren, Immobilienwerte, also unsere persönlichen Werte, die auch zur Altersabsicherung gedacht sind, gehen gegen „Null“, da kein Bedarf vorliegt. Unsere Region verfällt in den Status eines beschleunigten „Ausdünnens“ zugunsten prosperierender Umlandregionen, bis hin nach Dessau, Halle und Leipzig (siehe auch MZ vom 23.08.2011: Zuzüge- Wegzüge). Dabei ist es völlig logisch, dass (u. a. durch die Exekutive zwangsgesteuert) die Randstradtagen, also die kleinen Ortschaften, davon vorrangig zuerst betroffen sind.

Diese geschilderten Faktoren habe ich kommentarlos zur Kenntnis genommen, da sie m. E. die Realität darstellen. Hinzu kommt dabei noch die gegenwärtige Lage unserer „Hoffungsindustrie“ im „Solar Valley Thalheim“, zumindest was den Geldfluss in die kommunalen Kassen betrifft.

Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger?

Sie erwarten ein transparentes, kompetentes und konzeptionelles Herangehen an diese Problematik. Es muss der Handlungsspitze der Stadt von besonderem Interesse sein, für eine umfassende Vertrauensbasis zu sorgen. Der gegenwärtige Vertrauensstatus, auch wenn man es nicht unbedingt hören möchte, es ist die Realität, sieht so aus, dass man mit den untersten zweifeligen Prozentpunkten in der Stadt bereits Wahlen gewinnt. Dieser Zustand ist die gegenwärtige

Benchmark für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zur Legislative und Exekutive. Loyalität des gehobenen Standards ist hier von absoluter Notwendigkeit, um diesen Zustand zu verbessern.

Auch zu diesem Teil der Ausführungen gab es meinerseits keine Zusätze. Meine Vorstellungen für Vorschläge zu Lösungen bestanden darin, dass konkretere Hinweise erfolgen sollten sofern man sich schon soweit Gedanken gemacht hat. Daran schlossen sich umfangreiche Diskussionen an verschiedenen Orten und mit verschiedenen Personen an. Letztlich war aber folgender Konsens erkennbar und könnte als abgestimmtes Ergebnis gelten.

Grundsätzlich möchte man klare Kenntnis über eine reale Einschätzung zur erwarteten Lebenslage der Stadt dargelegt bekommen. Folgender Weg wurde vorgeschlagen:

Der Ortschaftsrat nimmt sich zeitnah der Problematik an. Unter der Voraussetzung, dass er einen annähernden Standpunkt zur Aufklärungsbedürftigkeit bezieht, was von den Diskutanten eigentlich nicht anders erwartet wird, sollte der Stadtrat schriftlich davon in Kenntnis gesetzt werden. Dies sollte mit der Bitte versehen werden, dass der Stadtrat diese Thematik aufgreift und eine definitive Stellung zu dieser Problematik bezieht. Wiederrum vorausgesetzt, dass zumindest überwiegend Einvernehmen zu den geschilderten Bedenken und Auswirkungen besteht, kann aus Sicht der Diskutanten nur ein unabhängiges, fachkompetentes und für die Bürgerinnen und Bürger verständnisvolles Gutachten eine Lösung sein, das von den Menschen der Region auch Anerkennung finden würde. Aus dem Schriftstück muss ablesbar sein, wie die finanziellen Entwicklungschancen unter den verschiedensten Lebensabläufen aussehen könnten, was unbedingt konzeptionell umgesetzt werden müsste, wie könnten zusätzliche neue Einnahmequellen generiert werden, welche Auswirkungen auf die Lebensadern: Bildung, Kultur, Gesundheit durch Sport und Lebensfreude und allgemeinem regionalem Wohlbefinden zu erwarten sind, wie könnten wir zu einer Zugangsregion werden. Für diese Aufzählung wird nicht der Anspruch der Vollständigkeit erhoben. Es können nur Denkanstöße für hauptsächlichliche Empfindungen sein. Das Gutachten sollte sich auf einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren beziehen. Alle sind sich bewusst, dass Schwierigkeiten immer auftreten können. Es wollen auch alle Diskutanten mithelfen, diese zu meistern. Das funktioniert aber nur auf der Grundlage eines loyalen Vertrauensaufbaus, der gegenwärtig nicht unbedingt sichtbar ist. Es muss den Bürgerinnen und Bürgern klar nachgewiesen werden, ob die bestehenden Strukturen lebensfähig sind bzw. ob sie ein „dahinvegetieren“ bedeuten und man unbedingt an eine solche Situation festhalten will. Es muss eine klare Position dazu bezogen werden, ob man auch zur Konsequenz bereit wäre, wenn es das Gutachten so herausstellt, das man neue Erfolg versprechende Strukturen angehen würde. Alles andere als ein ehrlicher Umgang mit der Realität wird die nicht zu übersehende Diskrepanz der Bürgerinnen und Bürger zur Legislative und der Exekutive der Stadt Bitterfeld - Wolfen deutlich erhöhen. Die Diskutanten hoffen im Sinne einer erfolgreichen Entwicklung unserer Region auf positives schnelles Handeln.

Soweit die zusammengefasste Positionierung der Gesprächspartner, der ich mich ohne Umschweife anschließen kann.

Abschließend möchte ich festhalten, dass ich damit den Wünschen und Vorstellungen der Diskutanten nachgekommen bin und den Ortschaftsrat ausgiebig informiert habe. Nun ist der Ortschaftsrat gefragt eventuell selbst noch Diskussionsrunden durchzuführen und sich letztlich zu positionieren. Im Ergebnis dessen sollte dann auch ggfs. der Schritt zum Stadtrat erfolgen.

Manfred Kressin